

Plädoyer für eine
ausgewogenere Sicht auf
ein Land der Superlative

China-Euphorie ohne Grenzen?

Stefan Friedrich

Höher, schneller, weiter – so lautet scheinbar das Motto des heutigen Chinas. Das Reich der Mitte will seinen Platz im Zentrum der Welt wieder einnehmen, nicht in ferner Zukunft, sondern am besten schon morgen. Dieser unbedingte Wille schlägt dem Beobachter vor Ort in Metropolen wie Schanghai, Peking oder Kanton direkt und unmittelbar entgegen. Aber auch diejenigen, die noch nie im „neuen China“ waren, werden von dieser Euphorie erfasst. Das erste Formel-eins-Rennen auf chinesischem Boden, der erste Chinese im Weltall, der erste kommerziell betriebene Transrapid, chinesische Firmen, die auf den Weltmarkt drängen, die nächsten Olympischen Spiele in Peking, die Expo 2010 in Schanghai – dies alles sind Beispiele für Chinas Bestreben, eine Führungsposition in der Welt einzunehmen. In den Medien hat China diese Stellung bereits inne. Ein wahres China-Fieber scheint Deutschland erfasst zu haben. Der *Spiegel*, die *Wirtschaftswoche*, ja selbst das Hochglanzmagazin *MAX* widmeten dem Wirtschaftswunderland China und der Boom-Town Schanghai ganze Sonderausgaben oder zumindest Titelgeschichten. Es scheint, als habe China rund fünfundzwanzig Jahre nach Beginn der Reform- und Öffnungspolitik endlich die Aufmerksamkeit der Deutschen erregt, die es seit langem verdient.

Allerdings kommt man nicht umhin zu bemerken, dass ein Teil des China-Optimismus in Deutschland mit einem guten Schuss Blauäugigkeit versetzt ist. Denn vor lauter Euphorie blendet man

die Gefahren und Probleme, mit denen dieses riesige Land zu kämpfen hat, nur allzu häufig aus. Das gilt für deutsche Multis oder mittelständische Unternehmen manchmal genauso wie für Individuen. So glaubt mancher Studienabgänger, der bisher noch nie etwas mit China oder der chinesischen Sprache zu tun hatte, inzwischen, dass es in China leichter sei, den in Deutschland nicht für möglich gehaltenen Berufsstart zu schaffen. Das kann, muss aber nicht gelingen, und es ist auf keinen Fall leichter als in Deutschland. Deshalb sollte bei aller Euphorie nicht vergessen werden, dass Chinas Entwicklungsweg auch mit Risiken verbunden ist. Nicht nur die Wachstumsraten und die Geschwindigkeit des Wandels in China, sondern auch die Risiken nehmen Dimensionen an, die kaum vorstellbar sind. Diese dürfen nicht ausgeblendet werden, wenn man dieses Land betrachtet. Denn Rückschläge im Entwicklungsprozess wird es notwendigerweise geben. Sie könnten jedoch – wenn man sie nicht frühzeitig wahrnimmt – erneut dazu führen, dass sich Deutschland und der Westen enttäuscht von China abwendet, wie bereits 1989 nach den blutigen Ereignissen auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Damit wäre niemandem gedient, nicht uns Deutschen und am wenigsten den Chinesen selbst.

Der folgende Beitrag soll sensibilisieren. Er soll wegführen von den Stereotypen – China-Bashing versus China-Euphorie. Gefragt ist eine ausgewogene

Betrachtung der Chancen und Risiken, der positiven wie der negativen Entwicklungsoptionen dieses Landes. Dies lässt sich in einem kurzen Artikel natürlich nur mit groben Strichen skizzieren. Dennoch soll dies beispielhaft an drei zentralen Aspekten versucht werden, nämlich der Wirtschafts-, der Innen- sowie der Außenpolitik.

Hohes Wachstum – große Probleme

Chinas jüngste Wirtschaftsentwicklung ist in der Tat bemerkenswert. Seit 1979 beeindruckt die Volksrepublik mit Wachstumsraten von durchschnittlich 8,5 Prozent. Natürlich ist es richtig, darauf zu verweisen, dass China diese Wachstumsraten von einem relativ niedrigen Niveau aus erreichte, aber mittlerweile hat sich die Volksrepublik auch in absoluten Zahlen an die Spitze der Handelsnationen weltweit vorgearbeitet. So erreichte man im Jahre 2003 den Rang der sechstgrößten Volkswirtschaft. Und als Handelsnation stieg China sogar auf Rang vier weltweit auf. In den Jahren 2002 und 2003 gelang es der Volksrepublik, mit jeweils mehr als fünfzig Milliarden US-Dollar die USA vom ersten Platz der Länder mit den weltweit höchsten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) zu verdrängen. Dies unterstreicht in eindrucksvoller Form die Attraktivität Chinas als Produktionsstandort für ausländische Unternehmen. Selbst der Ausbruch der Lungenkrankheit SARS im Frühjahr 2003, der das öffentliche Leben in vielen Metropolen fast zum Erliegen brachte, konnte der dynamischen Entwicklung der chinesischen Wirtschaft nichts anhaben. Vielleicht am eindrucklichsten wird der Erfolg der chinesischen Wirtschaftsentwicklung daran sichtbar, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 erstmals die Marke von tausend US-Dollar pro Kopf überschritten hat. Für das bevölkerungsreichste Land der Erde mit mehr als 1,3 Milliarden Menschen ist dies eine enorme Leistung, die

nicht hoch genug eingestuft werden kann (vergleiche auch Beitrag von Margot Schüller).

Diese großen Erfolge bringen allerdings auch Probleme mit sich. Man kann hierbei zwischen akuten, langfristigen und strukturellen Problemen unterscheiden.

Zu den *akuten* Problemen gehört sicherlich die Gefahr der Überhitzung der chinesischen Wirtschaft. Das 2003 erreichte hohe Wachstum von 9,1 Prozent überstieg die Planungen der Pekinger Zentrale um mehr als zwei Prozentpunkte. Um der Gefahr einer Überhitzung insbesondere im Immobiliensektor und in der Autoindustrie entgegenzuwirken, hatte die chinesische Führung im April 2004 drastische Gegenmaßnahmen ergriffen. So wurden unter anderem die Bedingungen für die Vergabe von Krediten verschärft und eine Reihe von großen Bauprojekten, inklusive von Prestigebauten für Olympia 2008 vorübergehend gestoppt. Die Zwangsabschaltungen von Produktionsstätten im Zuge der Energieengpässe im Sommer 2004, von denen auch ausländische Firmen betroffen waren, dienten nicht allein dem Ziel des Stromsparens, sondern auch dem Bestreben Pekings, der Überhitzung der Wirtschaft entgegenzuwirken (vergleiche den Beitrag von Kerstin Lohse). Das erklärte Ziel einer „sanften Landung“ für die chinesische Wirtschaft schien Ende 2004, trotz eines erwarteten Wachstums von erneut über neun Prozent, in greifbare Nähe gerückt zu sein. Dies ist sicherlich als Erfolg von „makro-politischer Steuerung“ zu werten, wie sie in westlichen Staaten kaum vorstellbar ist. Allerdings haben diese Maßnahmen auch Nebeneffekte. Westliche Autohersteller, die im vergangenen Jahr massiv ihre Kapazitäten erhöht hatten, sitzen nun auf ihren Lagerbeständen und sind einem enormen Preiskampf ausgesetzt. Auf chinesischer Seite sind von den strengeren Vergabe-

kriterien für Kredite insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen betroffen, da auch gesunde Betriebe derzeit kaum noch Kredite von den staatlichen Banken erhalten – und das, obwohl derzeit fast ausschließlich im privaten Sektor neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund kann momentan noch gar nicht eingeschätzt werden, zu welchem hohem Preis der vermeintliche Erfolg der Abbremsungspolitik erkauft worden ist.

Zu den langfristigen Problemen der chinesischen Wirtschaft gehört die zunehmende Polarisierung der chinesischen Gesellschaft. Die Unterschiede zwischen der reichen Ostküste und den armen Binnenprovinzen, zwischen den Stadtbewohnern und der ländlichen Bevölkerung sind enorm gewachsen. China ist mittlerweile ein Land, in dem es eine Liste der Top-Reichen gibt, die alle Vorstellungen von Reichtum in Deutschland weit übertreffen. Daneben gibt es aber ein unvorstellbares Maß an Armut – auch in den Megastädten wie Schanghai und Peking. Der Gini-Koeffizient, also die allgemein übliche Bestimmung der Einkommensunterschiede zwischen den reichsten und den ärmsten zwanzig Prozent der Bevölkerung, lag in China 1978 noch bei 0,21. Derzeit liegt er bei über 0,46; dies entspricht einem der höchsten Werte für ungleiche Einkommensverteilung weltweit. Das Auseinanderklaffen der Entwicklung in Ost- und Westchina konnte auch durch das von der Regierung 1999 groß angelegte Erschließungsprogramm „Aufbau West“ nicht deutlich abgebrems werden.

Die strukturell größten Schwierigkeiten bereitet der chinesischen Wirtschaft jedoch eine Kombination von mindestens drei Kernproblemen, die miteinander verwoben sind und sich gegenseitig verstärken: der Umbau der Staatsunternehmen, die Reform des Finanzsektors sowie die hohe Arbeitslosigkeit. Der Umbau der

Staatsunternehmen gehört seit Beginn der Reformpolitik zu den Schwerpunkten der Regierungsarbeit. Die Privatisierung gestaltet sich jedoch schwierig. Zum einen sind viele der Unternehmen aufgrund ihrer Produktpalette sowie der Überbeschäftigung nicht konkurrenzfähig. Ferner führen viele Privilegien der Mitarbeiter aus Zeiten des Sozialismus wie kostengünstiges Wohnen, Kranken- und Altersversorgung et cetera dazu, dass die Kosten einer solchen Übernahme für private Investoren nur schwer kalkulierbar erscheinen. Auch die Versuche der chinesischen Führung, Unternehmen in Aktiengesellschaften zu verwandeln, sind nur teilweise erfolgreich. Denn obwohl bereits zahlreiche frühere Staatsunternehmen seit vielen Jahren an den chinesischen Börsen gelistet sind, hält der Staat häufig noch immer mehr als siebzig Prozent der Anteile. Versucht der Staat, weitere Aktienpakete auf dem Markt zu veräußern, erschüttern schon entsprechende Gerüchte die Aktienkurse der betroffenen Unternehmen.

Eng damit verbunden ist natürlich der gesamte Finanzsektor, insbesondere das Bankensystem. Die vier großen Staatsbanken, die den chinesischen Bankensektor dominieren, gelten als de facto bankrott. In den vergangenen Jahren wurden enorme Anstrengungen unternommen, über die Gründung von so genannten Auffanggesellschaften einer Entschuldung der Staatsbanken näher zu kommen. Anfang 2004 kündigte der chinesische Staatsrat an, zwei dieser Banken mithilfe kräftiger Finanzspritzen auf einen Börsengang vorzubereiten. Letztendlich ist eine effektive Gesundung dieses Bereiches jedoch nicht in Sicht, da die Staatsbanken auf der einen Seite nach wie vor erhebliche Mittel zur Stützung der nicht profitablen Staatsunternehmen bereitstellen und sich auf der anderen Seite in zwei Jahren – nach Auslaufen der WTO-Übergangsfristen – der internatio-

nen Konkurrenz stellen müssen. Ein wesentlicher Grund dafür, dass das Bankensystem sich bislang noch als stabil erweist, ist darin zu sehen, dass China eine der weltweit höchsten Sparquoten vorzuweisen hat, es für Normalbürger kaum Alternativen gibt, ihr Geld anzulegen, und das Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, diesen Prozess zu steuern, derzeit noch weitgehend ungebrochen ist.

Die Zurückhaltung der chinesischen Führung bei der Reform der Staatsbetriebe hat natürlich sehr gute Gründe. Einer der wesentlichsten ist die Sorge, dass es hierbei zu zusätzlichen Massenentlassungen kommen würde, die die gesellschaftlichen Spannungen verschärfen. Ende 2003 hatte die Volksrepublik nach offiziellen Angaben eine Arbeitslosenquote von 4,3 Prozent. Diese Zahl ist jedoch aus mindestens zwei Gründen wenig aussagekräftig. Erstens werden in dieser Angabe ausschließlich die Arbeitslosen in den Städten erfasst, und zweitens gehen unabhängige Schätzungen wie zum Beispiel von der Asian Development Bank davon aus, dass der Wert mindestens bei 8,5 Prozent in den Städten und zirka dreißig Prozent auf dem Land liegt. Die Zahl der so genannten Wanderarbeiter wird auf 120 bis 150 Millionen geschätzt.

Diese Zahlen sollen die Dimension der Herausforderung verdeutlichen, vor der die chinesische Führung steht. Bei allen positiven Wirtschaftsentwicklungen dürfen die oben genannten Problembereiche in der Betrachtung des Landes aber auf keinen Fall übersehen werden.

Innenpolitische Entwicklungen – Erfolgreicher Generationswechsel

Gerade vor dem Hintergrund der oben beschriebenen wirtschaftlichen Herausforderungen wird verständlich, warum für die chinesische Führung „Stabilität“ einen extrem hohen Stellenwert ein-

nimmt. In diesem Zusammenhang ist positiv hervorzuheben, wie reibungslos der über Jahre vorbereitete Generationswechsel an der Spitze von Partei und Staat abgelaufen ist. Wurden im November 2002 auf Parteiebene alle Weichen gestellt, so übernahm die so genannte Vierte Führungsgeneration im März 2003 auch die entsprechenden Positionen auf Staatsebene. Im November letzten Jahres legte der ehemalige Staats- und Parteichef Jiang Zemin sein letztes Amt nieder: den Vorsitz der Militärkommission. Damit wurde erstmals in der jüngeren chinesischen Geschichte ein umfassender und geregelter Generationswechsel vollzogen.

Die neue Führung (vergleiche Beitrag von Johnny Erling) hat seit Beginn ihrer Amtszeit in einigen zentralen Bereichen neue Akzente setzen können. So richtet sich nicht mehr alles allein an wirtschaftlichem Wachstum aus. Dieser Wandel setzte bereits im Vorfeld der Diskussion um eine mögliche Überhitzung der chinesischen Wirtschaft ein. Den entscheidenden Ausschlag hierfür gab der Ausbruch der Lungenkrankheit SARS, deren gewaltiges Ausmaß kurz nach Amtsantritt der neuen Regierung bekannt wurde. Seitdem werden Faktoren, die sich nicht unmittelbar in BIP-Wachstumswerten niederschlagen – wie zum Beispiel der Entwicklungsstand im Gesundheitswesen – beim Aufbau einer modernen Gesellschaft stärker in den Mittelpunkt gerückt. In ähnlicher Weise hat es sich die neue Führung zur Aufgabe gemacht, mehr für die „kleinen Leute“ zu tun. In diesem Kontext gab man die Parole von der „Gesellschaft des kleinen Wohlstandes“ (*xiaokang shehui*) aus. Darüber hinaus hat die neue Führung eine Nordost-Initiative ins Leben gerufen, um die Entwicklungschancen dieser Region zu erhöhen, die ehemals die Stahlschmiede Chinas war und heute besonders unter dem Umstrukturierungsprozess leidet.

Mit all diesen Initiativen reagiert die politische Führung auf die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Der Ausbruch von SARS hat nicht nur die Schwächen des Gesundheitssystems offen gelegt, sondern auch die des politischen Systems, welches zunächst mit Vertuschung reagierte und so der Ausbreitung der Seuche Vorschub leistete. Sowohl mit der Hinwendung zu den „kleinen Leuten“ als auch mit der Nordost-Initiative will die Führung dem Eindruck entgegenwirken, man habe die Verlierer des Reformprozesses vergessen und würde sich nur noch um die neue Gruppe der Kapitalisten kümmern. Diese können seit dem 16. Parteitag im November 2003 auch offiziell Mitglied der KP China werden – eine ähnlich unorthodoxe und revolutionäre Entscheidung der KP wie die Festschreibung des Privateigentums in der Verfassung im März 2004. Diese Maßnahmen sind richtig und begrüßenswert. Es stellt sich jedoch die Frage, ob punktuelle Kurskorrekturen ausreichen werden, um die Stabilität in der Gesellschaft auf Dauer aufrechtzuerhalten.

In den letzten Monaten kam es mehrfach zu spontanen Protestaktionen von wütenden Bürgern, welche sich jedoch meist an Kleinigkeiten – wie der Arroganz lokaler Parteikader im Umgang mit „normalen Leuten“, Korruption, Missmanagement oder Ähnlichem – entzündeten. In der westchinesischen Stadt Chongqing wurde im November 2004 sogar ein Regierungsgebäude gestürmt. Diese Vorkommnisse sind nicht allein Ausdruck der zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich, sondern einer – wie chinesische Gesprächspartner dies nennen – „diffusen Unzufriedenheit“ in der Bevölkerung. Letztlich sind dies Anzeichen dafür, dass die Spannungen in der Gesellschaft immer weiter zunehmen, gleichzeitig jedoch das Instrumentarium unterentwickelt ist, um diese Spannungen aufzufangen. Denn auch unter der neuen

Führung ist bisher kein Wille zu politischen Reformen zu erkennen. Im Gegenteil: In manchen Bereichen lässt sich sogar eine härtere Gangart als zuvor beobachten. So stehen die Medien unter strenger Beobachtung. In den vergangenen Monaten wurden mehrere Intellektuelle festgenommen und zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt; mutige Redakteure und Journalisten wurden ebenso wie Universitätsprofessoren entlassen. Ein Beispiel für diese Politik ist auch der Umgang mit dem Arzt Jiang Yanyong, der das ganze Ausmaß der Vertuschung zu Beginn der SARS-Epidemie publik gemacht hatte. Er wurde im Vorfeld des 15. Jahrestages der Ereignisse vom 4. Juni 1989 verhaftet, nachdem er sich in einem offenen Brief an die Führung für eine Neubewertung der damaligen Studentenbewegung ausgesprochen hatte. Ein anderes Beispiel ist der Propagandafeldzug gegen die so genannten „öffentlichen Intellektuellen“: Im November 2004 wurde eine kleine Zeitschrift landesweit dafür kritisiert, dass sie eine Liste der fünfzig bedeutendsten „öffentlichen Intellektuellen“ Chinas erstellt. In der KP-nahen Schanghaier Tageszeitung *Jiefang Ribao* (*Liberation Daily*) (und später wörtlich abgedruckt in den landesweit verbreiteten Tageszeitungen *Renmin Ribao* und *Guangming Ribao*) wurde diese Liste in einer Sprache kritisiert, bei der sich manche Leser an den Kampagnenstil der fünfziger Jahre erinnert fühlten. Die scharfe Kritik wurde damit begründet, dass sich keine Gruppe zwischen Partei und Volk stellen dürfe. Unabhängig davon, ob dies das Ziel derjenigen war, die das Konzept der „öffentlichen Intellektuellen“ auf China übertragen haben, die Kritik weist letztlich genau auf das eigentliche Problem im heutigen China: Die Interessen der unterschiedlichen Gruppen haben sich im Zuge der Wirtschaftsreformen zunehmend ausdifferenziert; die Welt ist auch in China komplexer

geworden. Es fehlt jedoch bisher an Vermittlungsinstrumenten zwischen den einzelnen Akteuren. Genau diese aber benötigt das chinesische System dringend, um langfristig die für die weitere Entwicklung so wichtige Stabilität gewährleisten zu können (vergleiche Beitrag von Yang Peng).

Größere außenpolitische Verantwortung

Chinas Außenpolitik hat sich in den vergangenen Jahren sehr stark verändert. Legte die Volksrepublik zuvor immer sehr großen Wert darauf, ein Höchstmaß an Flexibilität in ihren Außenbeziehungen pflegen zu können und keine langfristigen bindenden Verpflichtungen einzugehen, so ist Peking heute zunehmend bereit, sich international zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Dies zeigt sich bei den Nordkorea-Gesprächen, bei denen die Volksrepublik die Rolle eines Organisators und Vermittlers übernommen hat. Auch die jüngsten Entwicklungen in Richtung Etablierung einer Freihandelszone in Asien gehen auf einen Vorschlag zurück, den Chinas damaliger Ministerpräsident Zhu Rongji im November 2002 am Rande einer ASEAN-Tagung machte. Im Rahmen der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), hervorgegangen aus den „Schanghai 5“, einem Gremium, das ursprünglich die Aufgabe hatte, den bei Zusammenbruch der Sowjetunion noch nicht abschließend geklärten Grenzverlauf zwischen China und den angrenzenden GUS-Staaten zu regeln, übernimmt die Volksrepublik eine zuvor nicht erwartete aktive Rolle, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass das SOZ-Sekretariat seinen Sitz in Peking hat. Im Rahmen der UNO entsendet die Volksrepublik mittlerweile auch Polizeitruppen sowie Beobachter in internationale Krisengebiete. All diese Entwicklungen werden von der internationalen Staatengemeinschaft sehr

begrüßt, weil ein Land von der Größe und Bedeutung der Volksrepublik, das zudem einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat hat, ein wertvoller Stabilisator in der Region, aber auch bei weltweiten Fragen sein kann und sein sollte.

Gleichzeitig besitzt ein Land wie China natürlich die Fähigkeit, destabilisierend auf die Region und darüber hinaus zu wirken. Sicherlich wäre dies nicht im Interesse der chinesischen Führung, denn eine friedliche internationale Umgebung gilt als wichtige Bedingung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Dennoch gibt es Bereiche, die für China so wichtig sind, dass Peking auch krisenhafte Entwicklungen in Kauf nehmen würde. Das Beispiel Energie- und Rohstoffsicherung wurde bereits genannt. Die Tatsache, dass sich Peking 2004 im UN-Sicherheitsrat gegen Sanktionen gegen den Sudan ausgesprochen hat, hängt zweifelsohne auch damit zusammen, dass China strategische Interessen in diesem Erdöl produzierenden Land besitzt. Kann man solche Beispiele noch als übliches Verhalten einer Großmacht mit globalen Interessen bewerten, so ist der Fall Taiwan ein spezifisch chinesisches Problem: China betrachtet die Lösung der Taiwanfrage als innenpolitisches Problem, die Auswirkungen werden aber – sollte die Frage nicht auf friedlichem Wege zu lösen sein – sicherlich über die Grenzen Chinas hinauswirken. Obwohl sich Peking im jüngsten Weißbuch zur Verteidigungspolitik (Dezember 2004) erneut für eine friedliche Lösung der Taiwanfrage ausgesprochen hat, war darin auch die Drohung enthalten, jede „Unabhängigkeitsverschwörung“ auf Taiwan militärisch niederzuschlagen. Darüber hinaus beriet das chinesische Parlament kürzlich ein gegen Taiwan gerichtetes „Antisessionsgesetz“, das im März 2005 verabschiedet werden soll. Obgleich bislang keine Einzelheiten hierzu vorliegen, scheint man in Peking die militärische

Option, die bislang nur als Drohung im Raume stand, nun auch gesetzlich festzuschreiben zu wollen. Dies unterstreicht erneut, wie besorgt China bezüglich der jüngsten Entwicklungen auf Taiwan und der in Richtung Unabhängigkeit zielenden Politik von Präsident Chen Shuibian ist. In diesem Zusammenhang sollte man sich im Westen keinen Illusionen hingeben, dass die Volksrepublik aus Prestigedenken (Olympia 2008, Expo 2010 et alii) oder aus wirtschaftlichen Überlegungen (Bedeutung von ADI und Exporten) vor einem militärischen Schlag gegenüber Taiwan zurückschrecken würde. Denn zum einen steht die Legitimation der chinesischen Führung auf dem Spiel (selbst wenn die Führung sich dagegen ausspräche, würde voraussichtlich die Bevölkerung eine solche militärische Aktion fordern, weil sie über Jahrzehnte mit dem Gedanken aufgewachsen ist, dass Taiwan integraler Bestandteil Chinas ist), zum anderen wird sich jeder chinesische Politiker mit dem Problem konfrontiert sehen, dass eine erfolgreiche Abspaltung Taiwans andere Sezessionsbestrebungen im Lande (zum Beispiel Tibet oder Xinjiang) auf den Plan rufen könnte. Dies wird keine chinesische Führung zulassen, unabhängig davon, wie hoch die Kosten sind.

Der Umbau des chinesischen Wirtschaftssystems von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft ist in vollem Gange. Dabei sind sehr große Erfolge erzielt worden, die sich insbesondere in den Metropolen des Landes manifestieren. Einer der größten ist es, dass es der chinesischen Führung gelang, den Lebensstandard eines großen Teils der Bevölkerung deutlich zu steigern. Es ist zu hoffen und zu wünschen, dass die Wirtschaftsentwicklung sich in ähnlicher Weise fortsetzen lässt. Dies wäre zum Wohle Chinas, aber auch der Welt (bereits heute kann man ja beobachten, wie sehr die Hoffnungen der Weltwirtschaft auf dem konti-

nuierlichen Wachstum in China ruhen). Aber man sollte bei aller Euphorie auch die Risiken dieser Entwicklung im Blick behalten. Das vergangene Jahr hat die enormen Schwierigkeiten der chinesischen Regierung exemplarisch vor Augen geführt. Während die Volksrepublik gegen eine Überhitzung der Wirtschaft kämpfte, wurde gleichzeitig davor gewarnt, weniger als sieben Prozent Wachstum zu erreichen. Denn dies gilt als magische Marke, um genügend Arbeitsplätze schaffen zu können und auf diese Weise den Ausbruch von umfassenden sozialen Spannungen zu verhindern. Auf eine anhaltende Wirtschaftskrise wäre insbesondere die junge Generation in China, die bislang nur Aufschwung kennen gelernt und sich aus dieser Erfahrung heraus zum Teil hoch verschuldet hat, nicht vorbereitet. Die sozialen Proteste, die seit 1999 zugenommen haben, würden dann von den armen, rückständigen Gebieten vermutlich weiter ins Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklung rücken. Auch die Risiken, die aus der Energiekrise des Landes, insbesondere aber aus der ungeklärten Taiwanfrage erwachsen können, dürfen nicht unterschätzt werden. Die größte Gefahr jedoch liegt in der fortgesetzten Überdehnung des Spagats von höchst erfolgreichen wirtschaftlichen Reformen auf der einen und größter Zurückhaltung bei der Umsetzung einer politischen Modernisierung auf der anderen Seite.

Euphorie für das in China Erreichte und Geleistete sowie Hoffnung in die Leistungsfähigkeit der chinesischen Führung sind durchaus angebracht. Es sollte aber kein blindes oder blauäugiges Vertrauen sein. China ist zu groß, als dass es eindimensional wahrgenommen werden darf. Es ist notwendig, das Land in seiner Vielschichtigkeit zu betrachten, um die sich bietenden Chancen nutzen zu können, gleichzeitig aber auf etwaige Rückschläge vorbereitet zu sein.